

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 11

Ausgegeben am 10. Juni 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Lloyd Georges Kontinentalpolitik und die oberschlesische Frage

Von Heinrich Cunow

Wer während der letzten Wochen in der deutschen Presse, und zwar fast aller politischen Richtungen, die Meldungen über das Rededuell Lloyd George-Briand mit den von den Redakteuren oder Auslandskorrespondenten der betreffenden Blätter daran gehängten Glossen kritisch verfolgte, der fand darin einen derartigen ständigen Stimmungswechsel, daß er kaum aus dem Staunen herauskam. Nicht nur, daß die Blätter gleicher politischer und wirtschaftlicher Tendenz aus den einzelnen Meldungen vielfach ganz verschiedene Folgerungen zogen, auch in einer und derselben Zeitung fand man oft abends eine ganz andere Bewertung der englischen und der französischen Absichten in bezug auf Oberschlesien wie am vorausgegangenen Morgen, und schon am nächsten Morgen wurde wieder das, was noch vor zwölf Stunden als das deutlich erkennbare Ziel des englischen oder französischen Ministerpräsidenten bezeichnet worden war, als Unwahrscheinlichkeit abgetan. Je nachdem, was der eine oder andere dieser beiden politischen Intriganten aus rein taktischen Gründen zu sagen für angebracht hielt, oder was auf Anweisung der Downing Street und des Quai d'Orsay »Daily Express«, »Daily Telegraph«, »Temps« usw. aus solchen Äußerungen herauslasen, wechselten in den deutschen Blättern Furcht und Hoffnung, Vertrauen und Mißtrauen gegen die englische Kabinettspolitik. Ein stetiges Hin- und Hertappen, das nur zu deutlich verriet, daß die betreffenden Auslands- und Chefredakteure jener Presseorgane weder einen auf dem Studium der politischen Geschichte beruhenden eigenen festen Betrachtungsstandpunkt für die sich rings um sie herum abspielenden Vorgänge gefunden hatten, noch daß sie die den englisch-französischen Differenzen zugrunde liegenden Wirtschaftsmotive verstanden. Besonders komisch wirkte es, daß einige Zeitungen, die sonst das größte Mißtrauen gegen das »perfide« England predigen, nun plötzlich an das Fair play des Herrn Lloyd George glaubten und dessen sogenannten Gerechtigkeits Sinn sogar zutrauten, Oberschlesiens wegen es auf eine Sprengung der Entente ankommen zu lassen — selbst dann noch, nachdem die amerikanische Regierung ihr Desinteressentement bezüglich der oberschlesischen Frage erklärt hatte und bereits in italienischen und belgischen Regierungskreisen die Neigung zu einer Vermittlungsaktion hervortrat.

Es scheint wirklich, daß man in weiten politischen Kreisen Deutschlands trotz aller Erfahrungen vor und nach dem Kriege noch immer nicht begriffen hat, daß nicht Antipathien und Sympathien, auch nicht der Grad des Gerechtigkeits Sinns die Haltung eines Großstaats in wichtigen politischen Entscheidungsfragen bestimmt, sondern das wirtschaftliche Interesse, die Stel-

lung im internationalen Wirtschaftsgetriebe. Vor allem gilt das, wie die Geschichte lehrt, von Englands Außenpolitik, dessen imperialistische Strömung durchaus wirtschaftlich orientiert ist und dessen leitende Staatsmänner seit Cromwell immer wirtschaftspolitisch gedacht haben, meist nicht nur in bezug auf die allernächste Zeit, sondern gewissermaßen in Jahrzehnten, manchmal in Jahrhunderten.

Betrachtet man heute die Außenpolitik unserer liberalen Presse, so erscheint es fast sicher, daß, falls wir nochmals vor ähnliche politische Entscheidungen gestellt werden sollten wie in den Jahren 1914 bis 1918, wir die meisten der gemachten Fehler wiederholen würden. Vielleicht ist sogar ein wesentlicher Teil der deutschen Zeitungen heute noch tiefer in illusionenpolitischen Anschauungen befangen als vor sieben Jahren. Wieder würden uns, wie damals zu Beginn des Krieges, die Zeitungen erzählen, daß die Japaner sich auf unsere Seite stellen und die Gelegenheit benützen würden, mit Englands Chinapolitik abzurechnen; wieder würden wir den Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Amerika gering einschätzen, da doch, wie der Führer der Deutschnationalen, Herr Hergt, verkündete, die Amerikaner nicht schwimmen und fliegen könnten; und wieder würden wir, wie im Frühjahr 1917, den günstigen Zeitpunkt verpassen, mit Rußland zu einem Verständigungsfrieden zu kommen.

Die Ansicht, England werde sich im Interesse des Deutschtums in Oberschlesien mit Frankreich verfeinden und die Entente sprengen, oder weil italienische Hotelbesitzer die deutschen Italienbesucher höflich willkommen heißen und gewisse italienische Exporteurkreise ihren Absatz nach Deutschland vergrößern möchten, werde Italien mit Deutschland gegen Frankreich Stellung nehmen, ist sicherlich nicht weniger naiv als die zu Anfang des Krieges aufgetauchte Ansicht, Japan werde an der Seite Deutschlands in den Kampf gegen England ziehen. Gewiß sind scharfe Interessengegensätze zwischen England und Frankreich vorhanden, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß diese nicht im weiteren Verlauf der Entwicklung zu neuen, immer schärferen Spannungen zwischen beiden Mächten und schließlich zur Sprengung der Entente cordiale — von der Kardialität ist ja ohnehin nur noch wenig zu spüren — führen werden; aber jetzt schon ihre gegenseitige Rückendeckung aufzugeben, ist trotz mancher Meinungsverschiedenheiten keine der beiden Mächte bereit, England vielleicht noch weniger als Frankreich; denn ein Zerwürfnis mit Frankreich würde für die englische Regierung bedeuten, daß sie bei zukünftigen Streitigkeiten mit den Vereinigten Staaten von Amerika stets Frankreich an deren Seite finden würde, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die Frankreich den englischen Orientplänen zu bereiten vermag. Nur um Deutschland den Besitz Oberschlesiens und damit einen leichteren Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu sichern, oder nur um ihrem angeblich tiefeingewurzeltten Gerechtigkeitsinn zu genügen, läßt sicherlich die Lond Georgeische Regierung es nicht auf eine Sprengung ihres Bündnisses mit Frankreich ankommen. Hat sie auch aus wirtschaftlichen Gründen kein Interesse daran, das deutsche Wirtschaftsleben auf seinem jetzigen Tiefstand festzuhalten und ihm die Möglichkeit einer gewissen Wiedergefundung abzuschneiden, so hat sie doch noch weniger ein Interesse daran, Deutschland wieder zu jener starken Konkurrenzstellung auf dem internationalen Wirtschaftsmarkt zu verhelfen, die es vor dem Kriege einnahm.

Es zeugt denn auch geradezu von politischer Einfältigkeit, anzunehmen, die englische Regierung hätte lediglich aus Rücksicht auf die deutsche Wirtschaftslage sich den französischen Plänen einer Auslieferung des oberschlesischen Industriereviere an Polen widersetzt. Nicht Rücksichten auf Deutschlands Interessen, sondern auf seine eigenen Interessen waren es, die England geboten, sich der eigensüchtigen französischen Machtpolitik hindernd in den Weg zu stellen und den französischen imperialistischen Kreisen zu Gemüte zu führen, daß man in der Downing Street nicht geneigt sei, jeden französischen Machterweiterungsanspruch auf dem europäischen Kontinent auch dann zu genehmigen, wenn dieser sich gegen die englischen Wirtschaftsinteressen richte. Die oberschlesische Frage lieferte Lloyd George nur den Anstoß zur Feststellung dieses Abwehrwillens. Wenn bei diesem Verfahren die englische Regierung sich obendrein den Anschein zu geben vermochte, als handle sie im Zwange ethischer Motive und trachte danach, auch dem unterlegenen Deutschland gegenüber die Satzungen des Versailler Friedensvertrags ehrlich und korrekt durchzuführen, um so besser für England. Eine derartige ethische Verbrämung der wirklichen Motive kostet nichts und verfehlt doch nicht ihre vorteilhafte Wirkung auf die öffentliche Meinung.

Englands und Frankreichs Imperialismus ist, wie nur zu oft bei der Bewertung ihrer politischen Aktivität übersehen wird, sehr verschiedener Natur. Der englische Imperialismus geht von einer weltwirtschaftlichen Zielsetzung aus. Das machtpolitische Streben Englands ist nicht nur mit weltwirtschaftlichen Zwecken eng verbunden, die letzteren sind es auch, die seinem Machstreben Ziel und Richtung geben. Der breite maritime Unterbau des englischen Empire, seine meergebietende Kriegsflotte, sein wohlherwogenes System von Flottenstützpunkten und Kohlenstationen, seine Kolonialgründungen in allen Erdteilen dienen nicht reinen machtpolitischen Zwecken, dem bloßen ehrgeizigen Bestreben, zu gebieten und zu herrschen, sondern sie sind gewissermaßen nur Hilfsmittel, die bestehenden wirtschaftlichen Verbindungen zu fundieren, zu festigen und, soweit möglich, auszudehnen, neue Rohstoff-, Absatz- und Kapitalanlagemärkte zu gewinnen. Deshalb herrscht auch in der englischen Bündnis- wie in seiner Kolonialpolitik die Business-Taktik vor — nicht, wie so oft fälschlich behauptet wird, der Krämergeist, sondern die Geschäftstaktik des spekulativen Kaufmanns: das Streben, die neugewonnenen Kolonialgebiete wirtschaftlich zu entwickeln und ihnen zu diesem Zweck eine gewisse Ellenbogenfreiheit zur Entfaltung der eigenen Wirtschaftskraft zu gewähren, dafür aber ihre wirtschaftlichen Interessen mit denen des englischen Mutterlandes möglichst eng zu verknüpfen.

Tatsache ist denn auch, daß in allen englischen Kolonien, mit Ausnahme Kanadas, in welchem die Handelsbeziehungen zu dem benachbarten großen Freistaat dominieren, der englische Handel und das englische Kapital an der Spitze stehen. An der Ausfuhr Englands waren vor dem Krieg, im Jahre 1913, die britischen Kolonien und Protektorate mit ungefähr 37 Prozent, an der englischen Einfuhr mit 25 Prozent beteiligt. Und noch weit enger waren die Kapitals- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen dem englischen Mutterland und seinen Kolonien.

Wesentlich andere Charakterzüge weist der französische Imperialismus auf. In der französischen Expansionspolitik spielt das wirtschaftliche Motiv nicht entfernt die große Rolle wie in der englischen. Die Eroberung und

Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes entspringen anderen Antrieben: vornehmlich dem politischen Ehrgeiz, anderen Völkern bezüglich der Weltgeltung nicht nachzustehen, zu glänzen und Ansehen zu erwerben, mit militärischen Erfolgen zu prunken, die französische Kultur auszubreiten und geistigen Einfluß auf andere Völker auszuüben. Sicherlich hat auch das Bestreben, dem französischen Finanzkapital neue Anlagemöglichkeiten zu sichern, für die nach Staatsdienststellungen verlangenden Politiker und Bourgeoisöhnchen neue Verwaltungsposten zu schaffen und das infolge der schwachen Bevölkerungszunahme nur noch schwer zu rekrutierende Heimahter durch schwarze und gelbe Kolonialtruppen zu ergänzen, zur französischen Kolonialerobertungspolitik beigetragen; aber im wesentlichen ist doch die französische imperialistische Machtpolitik nur Prestige- und Gloirepolitik, wie es denn auch Frankreich trotz aller merkantilistischen Zoll- und Wirtschaftsexperimente nicht gelungen ist, sich seine Kolonien auch nur in annäherndem Maße wirtschaftlich nutzbar zu machen, wie dies England verstanden hat. Die beiden Hauptkolonien Frankreichs, Algier und Marokko, haben im Jahre 1913 nur ungefähr 9 Prozent der französischen Ausfuhr aufgenommen, und an der Einfuhr Frankreichs waren sie gar nur mit 4 Prozent beteiligt. Vor allem aber zeigt sich darin ein fundamentaler Unterschied, daß, wo England neue Kolonien erwirbt, sich alsbald das englische Kapital den neuen Erwerbungen zuwendet und deren wirtschaftliche Entwicklung durch Gründung landwirtschaftlicher und industrieller Unternehmungen, durch Errichtung von Schiffahrtslinien, Handelsfaktoreien usw. zu fördern sucht; das französische Rentnerkapital hat dagegen nie viel für die französischen Kolonien übrig gehabt, sondern lieber russische Werte gekauft.

Dieser Grundzug des französischen Imperialismus kommt auch in Frankreichs Gewaltpolitik gegenüber dem besiegten Deutschland zum Ausdruck. Er wird noch dadurch verstärkt, daß Frankreichs Politiker in einer geradezu grotesken Furcht vor einem deutschen Revanchekrieg leben. Der Gedanke, der in gleichem Maße dem englischen Imperialismus fast als selbstverständlich erscheinen würde, die Niederlage Deutschlands möglichst zum Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft auf festerem Fundament auszunutzen und zu diesem Zwecke das deutsche Wirtschaftsgetriebe derart vom französischen abhängig zu machen, daß es in seiner zukünftigen Entwicklung mit starken Banden an dieses gebunden bleibt, stößt nur bei einigen wenigen französischen Industriellen und Volkswirtschaftlern auf Verständnis. Die französische imperialistische Politik sucht vielmehr den errungenen Sieg über das Deutsche Reich dadurch zu fruktifizieren, daß sie aus Deutschland auf lange Jahre hinaus möglichst hohe finanzielle Mittel herauszupressen sucht und zugleich — ein Widerspruch in sich selbst — das Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft, das doch nur allein die Aufbringung der geforderten Summen ermöglicht, zu verhindern trachtet. Der französische Imperialismus betreibt also nicht sogenannte wirtschaftliche Expansionspolitik, sondern reine Machtmehrungspolitik. Jede wirtschaftliche und territoriale Schwächung Deutschlands gilt dieser rohesten Spielart des Imperialismus ohne weiteres als Mehrung eigener Sicherheit: eine Verrantheit, die dahin geführt hat, daß, wie kürzlich selbst der »Etoile belge« spöttisch bemerkte, »Frankreich sich über alles freut, was Deutschland schädigt«.

Dieses Bestreben, Deutschland derart zu schwächen, daß es als politischer Großstaat nicht mehr im europäischen Konzert in Betracht kommt, kennzeichnet auch die französische Polenpolitik. Dem Deutschen Reich soll nicht nur ein stetig auf Frankreichs Unterstützung angewiesener Gegner in den Nacken gesetzt werden; es soll auch diesem Gegner das Industrieviertel Oberschlesiens ausgeliefert werden — nur um Deutschland zu schädigen; denn daß Frankreich einen wesentlichen wirtschaftlichen Nutzen von dieser Auslieferung haben wird, glaubt man auch am Quai d'Orsay und in der französischen Deputiertenkammer nicht. Auch dort weiß man, daß Polens Industrie sich nur im Anschluß an den russischen Markt zu entwickeln vermag.

Von ganz anderen Anschauungen geht Lloyd Georges Kontinentalpolitik aus. Einen deutschen Revanchekrieg fürchtet er schon infolge der insularen Lage Englands und der völligen Zertrümmerung der deutschen Kriegsflotte nicht, und die wirtschaftliche Wiedererstarkung Deutschlands bis zu jenem Konkurrenzverhältnis, wie es vor dem Kriege bestand, glaubt er durch entsprechende Wirtschaftsmaßnahmen leicht verhindern zu können. Andererseits aber weiß Lloyd George recht wohl, daß Englands Industrie und Handel, wenn sie sich fortentwickeln sollen, in den nächsten Jahren weit mehr als früher auf den mitteleuropäischen Markt angewiesen sein werden; denn seine einstige Stellung als dominierende Kapitalmacht in Südamerika hat England bereits zum großen Teil an die nordamerikanische Union verloren, seine Interessensphäre in Ostasien wird durch Amerikaner und Japaner immer mehr eingeschränkt, und die Ausgestaltung der neugewonnenen Gebiete am Euphrat und Tigris zu einigermaßen einträglichen Ausnützungsobjekten wird noch manches Jahr in Anspruch nehmen. Unter diesen Umständen erhält Europa, besonders Mitteleuropa, für England erhöhte wirtschaftliche Bedeutung. Will man aber mit Mitteleuropa Finanz- und Handelsgeschäfte machen, darf man Deutschland nicht wirtschaftlich ruinieren.

Überdies aber rechnet man in den maßgebenden Kreisen Englands — das geht aus verschiedenen Äußerungen Lloyd Georges, Churchills und anderer englischer Politiker deutlich hervor — damit, daß Rußland mehr und mehr zur kapitalistischen Wirtschaftsweise zurückkehrt, die bolschewistische Herrschaft nach kürzerer oder längerer Zeit gestürzt werden und die neue russische Regierung dann starke imperialistische Expansionsanwandlungen haben wird. Die neugeschaffenen Randstaaten, so meint man, würden bald wieder in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit vom russischen Staat geraten und schließlich von diesem absorbiert werden. Daß Polen aber dann das Vordringen Rußlands nach Westen zu hindern vermag, hält man nahezu für ausgeschlossen. Es ist geradezu erstaunlich, wie wenig man in unterrichteten politischen Kreisen Englands an die Lebensfähigkeit oder gar die Entwicklungsfähigkeit Polens glaubt. Besonders Churchill denkt über das neue polnische Regime ungefähr ebenso wie Friedrich Engels über das alte, als er am 21. April 1863 an Marx schrieb: »Ich muß sagen, für die Polacken von 1772 sich zu begeistern, dazu gehört ein Büffel.«

Der unzweifelhaft erneut drohenden russischen Expansion entgegenzutreten, vermag also nur Deutschland. Wird aber Deutschland völlig ins wirtschaftliche Elend hinabgedrückt, dann wird es Rußland nicht nur keinen Widerstand leisten, sondern sich im Gegenteil, getrieben durch seine Not, an das wiedererstehende Rußland anlehnen, das den arbeitslosen deutschen

Technikern, Kaufleuten, Arbeitern vorteilhaften Unterschluß zu bieten vermag. Die Folge wird ein deutsch-russisches Bündnis sein, wie die Folge der Annexion Elsaß-Lothringens nach dem Deutsch-Französischen Krieg ein französisch-russisches Bündnis war.

Es hat keinen Zweck, darüber zu rechten, wieweit die Anschauungen und Auffassungen, von denen Lloyd Georges Kontinentalpolitik ausgeht, richtig sind; jedenfalls liegen sie der Haltung, die er bisher zu den politischen Problemen Mitteleuropas eingenommen hat, zugrunde und bestimmen auch heute in bezug auf die oberschlesische Frage seine Stellungnahme. Nicht irgendwelche besonderen Sympathien für das deutsche Volk beeinflussen also seine politischen Schachzüge, sondern lediglich das Interesse Englands, wie er es versteht. Er wird deshalb auch in allen Fällen, wo dieses Interesse nach seiner Ansicht eine andere Stellungnahme erfordert oder verschiedenartige englische Interessen sich gegenüberstehen, unbedenklich seine Haltung wechseln. Die Methode liberaler Blätter, von einer politischen Bekehrung Lloyd Georges zu sprechen oder gar ihn, den Waliser, zu einem Germanophilen zu stempeln, ist daher auch ein recht gefährliches Beginnen, denn eine deutsche Außenpolitik, die sich auf eine solche Annahme stützt, muß unfehlbar zu schweren Enttäuschungen führen.

Die soziale Befreierfähigkeit der Technik

Von Max Schoen (Leipzig)

Die sozial umgestaltende Wirksamkeit der Technik ist uns Sozialisten längst bekannt, und doch kann auf diese Erscheinung nicht oft genug hingewiesen werden. In alle Gehirne muß es immer und immer wieder eingehämmert werden, daß ein wirkliches Begreifen der gesellschaftlichen Gestaltungen und Umgestaltungen ohne eingehende Kenntnis der Entwicklungsgeschichte der Technik nicht möglich ist.¹ Der Siegeslauf der Technik ist zugleich eine Gewähr dafür, daß unsere sozialistischen Ideale keine Hirn-

¹ Gegenüber den heute so beliebten Konstruktionen rein ideologischer Weltverbesserungspläne kann die Bedeutung der Technik für den Fortschritt der Menschheit und besonders für die soziale Hebung der Arbeiterklasse nicht scharf genug betont werden; doch übt die Technik nicht an sich solche Wirkung aus, sondern nur insoweit, als sie Produktion und Handel beeinflusst, das heißt zu einem konstitutiven Element der Wirtschaft wird. Zudem aber hängt die Technik, wenn sie einerseits die Wirtschaftsweise mitbestimmt, andererseits selbst wieder in ihrer Anwendung und Wirkung nicht nur von Naturbedingungen, sondern zugleich auch vom jeweiligen Stand der Wirtschaft ab. Das wird vielfach von Kritikern und von Verteidigern der Marxschen materialistischen Geschichtsauffassung nicht genügend berücksichtigt, wie man denn auch in Schriften über diese Geschichtstheorie die Produktionsweise einfach mit der Technik identifiziert findet. Der Marxsche Satz: »Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt« — wird kurzweg so aufgefaßt, als besage er: »Die ökonomische Struktur der Gesellschaft besteht in der Technik!« Das ist eine grundfalsche Deutung. Wir nehmen deshalb den obigen Artikel des Genossen Schoen zum Anlaß, ihm in den nächsten beiden Nummern einen Artikel über die Rolle der Technik in der Marxschen Wirtschaftsauffassung folgen zu lassen. Red. der N. Z.